

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

4.11.1868 (No. 260)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 4. November.

N. 260.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unterm 22. Oktober 1868 allergnädigst bewogen gefunden, den Oberstabsarzt 2. Klasse Dr. Brummer im 3. Dragoner-Regiment Prinz Karl in die 1. Klasse vorrücken zu lassen; ferner den Oberstabsarzt Josef Tritschler im 4. Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm zum (1.) Leib-Dräger-Regiment, den Oberstabsarzt Gustav Guttenberg vom Festungs-Artillerie-Bataillon zum 4. Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm, den Oberstabsarzt Josef Heuberger vom 2. Dragoner-Regiment Markgraf Maximilian zum Festungs-Artillerie-Bataillon, und den Stabsarzt Karl Gernet vom 5. Infanterie-Regiment zum 2. Dragoner-Regiment Markgraf Maximilian zu versetzen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 24. Okt. l. J. allergnädigst bewogen gefunden, den Nachbenannten die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen Ordensdekorationen zu ertheilen, und zwar: dem Großh. Bahnverwalter von Fabert bei der Main-Neckar-Eisenbahn in Darmstadt für den ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland verliehenen St.-Annen-Orden 3. Klasse; dem Oberamtmann Dr. Schmieder in Tauberbischofsheim für das ihm von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog von Oldenburg verliehene Ritterkreuz 1. Klasse des Haus- und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig, und dem Bürgermeister Mohr in Hochhausen für das ihm von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog von Oldenburg verliehene, mit dem eben gedachten Orden verbundene allgemeine Ehrenzeichen 1. Klasse.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Frankfurt, 3. Nov. Nach dem „Tagblatt“ hat der König zur Domrestauration ein Geschenk von 20,000 Gulden jährlich, auf 10 Jahre von 1869 ab, bewilligt.
Berlin, 2. Nov. Der König ertheilte heute Mittag dem schweizerischen Gesandten Hrn. Hammer die Antrittsaudienz. — Graf Ussedom ist gestern hier eingetroffen.
Wien, 3. Nov. Die „Presse“ schreibt: Behufs Nichtstellung der Zeitungsmittelungen über Baus's neue Rede hat die Regierung eine Zirkulardepesche an die Vertreter Oesterreichs im Ausland gerichtet.
Der „N. Fr. Presse“ zufolge hat England im Einverständnis mit den andern Kabinetten, die auf dem gleichen Standpunkt stehen, in der orientalischen Frage entscheidende Schritte gethan, um gegenüber den aus den Zuständen der Donaufürstenthümer erwachsenden Gefahren — gemäß den Bestimmungen des Pariser Vertrags — eine ernste

** Die Nemesis.

(Fortsetzung aus Nr. 257.)

Ich war ungefähr ein Jahr in der Obhut des Mr. Datway, meines Vormundes, als dieser mir mittheilte, daß meine Heimkehr in der Ferne sei, auf die ich mich mit kindlichem Ungestüm gefreut hatte, unterbleiben müsse, da meine Mutter sich wieder verheiratet und mit ihrem zweiten Gatten eine Reise nach dem Kontinent angetreten habe, deren Dauer unbestimmt sei. Er fügte hinzu, daß ich bei ihm bleiben werde, bis er neue Weisungen, meine Person betreffend, erhalten habe. Obgleich ich jung und unerfahren war, konnte ich doch einen seltenen Ernst in seinem sonst so heiteren Gesicht bemerken, als er mir diese Mitteilung machte, der einen andern Grund haben mußte, als Mitleid mit mir wegen meines zu Wasser gewordenen Vermögens. Er schien diese zweite Verbindung meiner Mutter zu mißbilligen und wie ich hörte, als er mich für fähig hielt, seine Gefühle über diesen Punkt zu verstehen, von ihm erfuhr, so war alle Welt gegen diese zweite Heirat gewesen. „Deine Mutter hat sich selbst zum Besten gehabt, indem sie den hochgeehrten Namen Bessford mit dem Namen Garston verknüpfte. Sie hat ihrem Ruf geschadet, indem sie im Alter von 35 Jahren einen jungen Mann von 25 heirathete, bloß aus dem Grunde, weil er der Neffe eines Piers ist und Geschmach an Bildern, Statuen und den Reizen des Alterthums hat. Es ist unverzeihlich von ihr gewesen, ungläublich“, murmelte er, den Kopf schüttelnd.

Die Rückkehr meiner Mutter und meines nummernreichen Stiefvaters, Dr. Garston, verzögerte sich von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr, und ich bin sehr überzeugt, daß nicht die Monumente des herrlichen Roms, noch die Kunst, die dort ihren Sitz hat, meine Mutter so lange von ihrem Vaterlande fern hielt, sondern daß sie eine Art Scheu hegte, vor Verwandten und Fremden ihres ersten Gatten unter die Augen zu treten.

Ich hatte bereits mein achtzigstes Lebensjahr erreicht und war noch

Mahnung der Garantemächte zu veranlassen. (Vergl. u. 17. Wien.)

† Florenz, 2. Nov. Die „Ital. Corresp.“ sagt bei Besprechung der Beust'schen Rede im Wehrausschuß: Die dem Hrn. v. Beust zugeschriebene Phrase: „Aber Italien hat nicht immer die Hände frei“ — sei nie von dem österreichischen Reichskanzler gesprochen worden. Hr. v. Beust habe, nachdem er konstatiert, daß Oesterreich in guten Beziehungen zu Italien stehe, geglaubt, hinzuzufügen zu müssen: man dürfe nicht vergessen, daß in Tirol und Trient italienische Agitationen stattfinden, welche die italienische Regierung nicht in der Lage ist verhindern zu können. Man ersehe also hieraus, daß, weit entfernt, etwas für Italien Beleidigendes oder Unangenehmes zu sagen, Hr. v. Beust damit nur die Loyalität und Redlichkeit der italienischen Regierung habe kennzeichnen wollen.

Madrid, 2. Nov., Abends. Heute fand bei Dlozaga eine Zusammenkunft statt, welcher verschiedene hervorragende Persönlichkeiten anwohnten. Es wurde die Bildung eines Ausschusses von 12 Mitgliedern beschlossen, wovon 4 den Demokraten, 4 den Unionisten, 4 der Fortschrittspartei angehören sollen. Dieser Ausschuß soll eine Erklärung zu Gunsten der konstitutionellen Monarchie auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts mit den freisinnigsten Grundfätzen aufsetzen. Wahrscheinlich morgen wird diese Erklärung erscheinen. Ruhe überall.

Deutschland.

Karlsruhe, 3. Nov. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin sind gestern Abend halb 9 Uhr in Karlsruhe eingetroffen.

Der Großherzog war heute mit der Entgegennahme der Vorträge der Herren Minister und Präsidenten sämtlicher Ministerien von Morgens bis gegen Abend 6 Uhr mit geringer Unterbrechung in Anspruch genommen.

Morgen Vormittag wird höchstwahrscheinlich im Großh. Residenzschloß Audienz erteilt.

Stuttgart, im Okt. Die „Augsb. Postz.“ erklärt, die neulich von ihr gebrachte Nachricht, es habe der römische Stuhl die Denunziation in der Kottener Angelegenheit als unbegründet ad acta gelegt, sei unrichtig.

München, 31. Okt. (Sch. M.) Nach neueren Dispositionen wird die Kaiserin von Rußland am 10. Abends hier eintreffen und schon am 12. in der Frühe wieder, und zwar nach Darmstadt, abreisen. Sie wird allein kommen, da ihre Kinder, auch die Großfürstin Marie, wie auf der Hin-, so auch auf der Rückreise den Weg durch die Schweiz nehmen. — Die während einiger Wochen unterbrochen gewesene Konferenz wegen Vereinbarung neuer Eisenbahn-Anschlüsse zwischen Württemberg und Bayern ist dieser Tage wieder aufgenommen worden. Es knüpfen sich viel Hoffnungen an diese Konferenz, und es wird der den Kammern bereits vorliegende Gesetzentwurf, die Ausdehnung des bayrischen Bahnnetzes betr., kaum ganz erledigt werden können ohne ein günstiges Resultat derselben. Die seitherige lange Verzögerung der Sache soll übrigens weniger in großen Schwierigkeiten, als vielmehr in der inzwischen zu Pesti stattgefundenen Telegraphenkonferenz ihren Grund haben.

immer ein Mitglied in der Familie Datway in Greter, als ich einen Brief von meiner Mutter erhielt, der mich benachrichtigte, daß sie endlich nach England zurückgekehrt und jetzt mit Mr. Garston in Westwoodhouse sei. Ihre Gesundheit war seit längerer Zeit sehr leidend, wie sie schrieb, und sie war nur in die Heimat gekommen, um dort zu sterben. Sie sprach den innigen Wunsch aus, daß ich die zwei Monate bis zu meiner Abreise auf die Universität bei ihr zubringen möchte, da sie mir Vieles zu erzählen und in Betreff meiner Zukunft mitzutheilen habe. Dieser Brief, sowie alle, die ich in der langen Zeit ihrer Abwesenheit erhalten hatte, atmeten die herzlichste Liebe; allein es sprach auch ein tiefer Ernst aus jeder Zeile und Einiges, was sie über meinen Vater geschrieben hatte, war durch Thränen Spuren verwischt.

Der Anfang des beiliegenden Briefes von Mr. Meredith lautete wie folgt:

„So ist denn deine Mutter zu uns zurückgekehrt, aber ich bin sehr überzeugt, daß sie nicht mehr lange bei uns bleiben wird; (ich will dich übrigens nicht beunruhigen). Ich habe mir die Freiheit genommen sie im Geheimen in's Verhör zu nehmen, wie es das Privilegium eines alten Kerles ist, der so lange ein treuer Freund und Rathgeber war, und wenn ich ihren Worten Glauben schenken kann, so ist ihr Geld nicht verschwendet, wie ich befürchtete. Der Neffe eines Piers war nicht im Stande, sie zu bewegen, ihr Kapital anzugreifen, was mehr ist, als ich zu hoffen gewagt hatte, da er einer Exter Kliniker, einer jener Schelmen ist, die ich verabscheue.“

Ungebulbig darnach verlangend, meine theure Heimath wiederzusehen, von der ich so lange getrennt gewesen war, traf ich sogleich die nöthigen Vorbereitungen und war bereits frühe des andern Morgens auf dem Weg nach Westwoodhouse. Von da aus war es noch 3 Meilen zum Gehen bis nach Westwoodhouse und ich gab die Weisung, mir mein Gepäck nachzuschicken.

Als ich an dem Platz angekommen war, wo die Postkutsche anzuhalten pflegt, stieg ich aus, trat in einen Gasthof am Quai und bestellte

München, 1. Nov. (Münch. Corr.) Die süddeutsche Festungskommission soll nach den Beschlüssen der letzten Militärkonferenz in München erst dann zusammentreten, wenn die Kommission zur Auseinandersetzung des Bundes-eigentums ihre Arbeiten zu Ende gebracht hat. Zur Zeit mangelt es nämlich der Festungskommission an einem genau festgestellten Objekt, welches ihrer Verwaltung unterstellt werden könnte. Es ist beabsichtigt, die Liquidationskommission in nächster Zeit zusammentreten zu lassen, indeß könnte leicht auch in diesem Vorhaben noch eine Aenderung eintreten.

Mainz, 31. Okt. Man sieht hier mit großer Spannung der Verhandlung des Prozesses entgegen, welcher am 12. Nov. gegen unsern Zollparlaments-Abgeordneten Ludwig Bamberger und Genossen vor dem Justizpolizeigerichte zur Entscheidung kommt. Da es der Regierung nur auf den Hauptbeschuldigten ankommt, so hat die Staatsbehörde von einem Duzend gleich Geständiger acht außer Verfolgung gesetzt und nur drei zurückbehalten, um nicht zu zeigen, daß der Tendenzprozeß bloß dem Gegner gilt, der in der Wahl gesiegt hat. Die Beschuldigung geht auf Schmähung der Regierung, weil in dem Wahlzirkular gesagt ist, man habe sich stets über die Schädlichkeit der Mainz-Darmstädter Konvention beklagt. Bamberger wird sich selbst verteidigen. Von Seiten der Staatsbehörde erwartet man den höchst möglichen Aufwand von Beredsamkeit zur Vernichtung des gefassten Gegners durch den Staatsprokurator Schaff, einen entschiedenen Gegner der heftigen Fortschrittspartei.

Kassel, 31. Okt. Die Genehmigung des Antrags auf Öffentlichkeit der Sitzungen des Kommunallandtags ist hier eingetroffen und findet Montag die erste öffentliche Sitzung des Kommunallandtags statt.

Berlin, 1. Nov. (Köln. Ztg.) Seit der Rückkehr des Präsidenten Delbrück ist im Bundeskanzler-Amt eine erhöhte Thätigkeit wahrzunehmen. Der Bundesrath dürfte in etwa 14 Tagen zusammentreten. Zu seinen ersten Geschäften wird die Wahl eines Mitgliedes der Zivilprozessordnungs-Kommission an Stelle des verstorbenen Geh. Rath's Seitz gehören. Es ist übrigens nicht unwahrscheinlich, daß bis zum nächsten Frühjahr ein Theil der Arbeiten jener Kommission der Öffentlichkeit übergeben wird. — Der Kurfürst von Hessen hat bereits eine zweite Auflage seiner bekannten Broschüre gegen Preußen veranlassen lassen. Wir erfahren, daß der Landtag bei Gelegenheit der einzuholenden nachträglichen Genehmigung zu dem octroyirten Gesetz, betreffend das Vorgehen gegen den König von Hannover, zugleich mit dieser Angelegenheit befaßt werden soll. Daß auf Zustimmung des Abgeordnetenhauses gerechnet werden kann, ist selbstverständlich; es werden sich höchstens Klagen darüber geltend verschaffen, daß ein solches Verfahren von Seiten der Regierung nur zu lange hat auf sich warten lassen.

Berlin, 2. Nov. Wie verlautet, ist dem vom hannoverschen Provinziallandtag angenommenen Statut für die ständische Verwaltungsorganisation bereits die Allerhöchste Genehmigung erteilt worden. Auch ist schon eine Verfügung ergangen, durch welche die Vollziehung der Wahlen zu den ständischen Verwaltungsstellen angeordnet wird. Damit hat diese Angelegenheit ihre definitive Regelung erhalten. Das Vorgehen mit einem besonderen Gesetzgebungsakt und also die Mitwirkung des allgemeinen Landtags wird

einige Erfrischungen, die ich mir an einem der Tischchen vor dem Hause auftragen ließ. Es war ein lieblicher Abend und ein reizendes Plätzchen, wo ich mich niederließ, das viele Erinnerungen aus meiner Kindheit in mir wach rief, Erinnerungen, welche uns immer lieb sind, an welchem Orte sie auch haften mögen. Zu meiner Rechten war die alte Brücke mit ihren 24 Bögen, zu meiner Linken der Fluß, der sich in nicht weiter Entfernung in den Seewersee ergießt. Vor mir, jenseits des Flusses erhob sich ein Berg, über dem soeben der Mond aufging. Ich beobachtete sein langsames Aufsteigen und den wundervollen Effekt, als sich die volle Scheibe in der ruhigen Fläche des Wassers spiegelt, und war so versunken in das Anschauen dieses prachtvollen Schauspiel, daß es ziemlich spät war, als ich den Weg nach meinem Vaterhaus antrat.

Meine Ankunft war nicht unerwartet und ich wurde gleich in das Empfangszimmer geführt, wo meine Mutter saß. Obgleich sie sichtlich schwach und leidend war, erhob sie sich doch rasch bei meinem Eintritt und ich bemerkte, daß sie erdbete, als sie dies that, und damit plötzlich sehr bleich wurde, als ich auf sie zulam.

(Fortsetzung folgt.)

— Aus Regensburg, 30. Okt., wird berichtet: Allgemeine Theilnahme erregt dahier der plötzliche Tod des Barons v. Schack auf Ossendorf. Derselbe wurde von der Dreschmaschine erfaßt und ihm der eine Arm fast vom Leibe gerissen. Der von München berufene Dr. Kusbaum fand den Unglücklichen in einem erarmungswürdigen Zustand; er war nicht mehr zu retten. Baron Schack war beim letzten Oktoberfest noch thätig als Freischiesser.

— Paris, 31. Okt. Die Lungenentzündung, welche Rossini aufs Krankenlager geworfen, ist der „Köln. Ztg.“ zufolge gehoben, aber seine Kräfte sind erschöpft, und er leidet noch überdies an einer Fistel, die von Relaton operirt werden sollte.

in derselben von Seiten der Regierung nicht für nöthig und angemessen erachtet.

Dem Vernehmen nach sind für die nächste Landtags-Session in Betreff der Elementarschule zwei Vorlagen aus dem Unterrichtsministerium zu erwarten, und zwar ein Gesetzentwurf über die Einrichtung und die Unterhaltung der Volksschule, sowie der Entwurf eines Gesetzes über die Pensionierung der Volksschullehrer. — Die Behauptung eines hiesigen Blattes, es sei die Absicht der Regierung, beim nächsten Landtag einen Antrag auf Declaration des die parlamentarische Redefreiheit betreffenden Artikels 84 der Verfassung einzubringen, wodurch die bekannte Entscheidung des Obertribunals desavouirt werden sollte, bezeichnet man uns als durchaus unrichtig. Sollte die Regierung in dieser Frage die Initiative ergreifen, so dürfte ein Antrag auf Aenderung des Artikels 84 im Sinn vollständiger Redefreiheit zu gewärtigen sein.

Die Konferenz zur Vereinbarung eines Postvertrags zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten einerseits und dem Königreich Italien andererseits ist heute hier eröffnet worden. In der Eröffnungssitzung anwesend waren: als Bevollmächtigte des Norddeutschen Bundes der General-Postdirektor v. Philippborn und der Geh. Oberpostath Stephan; als Vertreter Bayerns der General-Direktionsth Rath Pailer; als Vertreter Württembergs der hiesige Gesandte Frhr. v. Spitzberg und der Oberpostath Hofacker; als Bevollmächtigte Badens der Direktor der Großh. Verkehrsanstalten Zimmer und der Assessor Heß; als Bevollmächtigte des Königreichs Italien der Gesandte Graf Lamarm und der Ministerialdirektor Tantesio.

Wie schon gemeldet, soll gemäß den in Baden-Baden abgeschlossenen Telegraphenverträgen die Vertheilung der gemeinschaftlichen Einnahmen nach Verhältniszahlen erfolgen. Von 1000 Theilen, in welche zu diesem Zweck die Gesamtsumme zerlegt wird, erhalten der Norddeutsche Bund 236, Bayern 181, Württemberg 105, Baden 113, Oesterreich und Ungarn 238, die Niederlande 127. Auf Neufeststellung der Verhältniszahlen kann jede betheiligte Telegraphenverwaltung von Jahr zu Jahr antragen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 31. Okt. (Köln. Ztg.) Das Rothbuch, welches den Delegationen vorgelegt wird, soll bereits druckfertig sein, und hört man es befürchten, daß diesmal die handelspolitischen Mittheilungen, als (leider) nicht zu den gemeinsamen Angelegenheiten gehörig, aus der Sammlung der diplomatischen Aktenstücke fortbleiben werden. Dagegen wird ein Theil der Depeschen, welche sich an die Sendung des Hrn. v. Meysenbug nach Rom knüpfen, veröffentlicht werden; desgleichen einige mit der italienischen, der serbischen und der rumänischen Regierung gewechselte Schriftstücke. Von dem anfänglichen Gedanken, einige diplomatische Auslassungen über die Entwaffnungsfrage, sowie einige Depeschen des Fürsten Metternich und des Hrn. v. Prokesch aus Konstantinopel mitzutheilen, scheint man wieder abgekommen zu sein. Gleichwohl dürfte auch dieses Rothbuch, obgleich es nicht die umfassende Offenherzigkeit seines Vorgängers zur Schau tragen wird, der berechtigten Wispbegierde der nicht offiziellen Politiker ein recht interessantes Material darbieten. Die mit der Regierung des Fürsten Karl von Rumänien gewechselten Depeschen betreffen ausschließlich die dortigen Judenverfolgungen und die in Folge derselben den österreichischen Unterthanen zu leistenden Entschädigungen, nicht aber, wie einige Blätter meinen, die Beförderung der Einfälle von bulgarischen Scharen in das türkische Gebiet. Ueber die Betheiligung der H. Bratiano und Genossen an den Vorbereitungen zu diesen Einfällen sollen hier zwar sehr ausführliche Berichte vorliegen, doch hat, wie es scheint, das diesseitige auswärtige Amt daraus nicht Veranlassung zu diplomatischen Kundgebungen genommen, sondern es vorerst den türkischen Ministern überlassen, die beschuldigten wohlbegründeten Beschwerden an den geeigneten Stellen zu Gehör zu bringen. Wie diese Beschwerden in Paris aufgenommen worden sind, war aus dem mißfälligen, fast drohenden Ton zu erkennen, welchen dortige offizielle Blätter lethhin gegen die rumänische Regierung anstimmten. Auch zwischen Ungarn und Rumänien hat die verkehrte Bratiano'sche Politik ein gespanntes Verhältnis herbeigeführt; auf die Hezereien des offiziellen „Romanul“ und anderer rumänischer Regierungsorgane, welche der ungarischen Regierung fast täglich vorwerfen, daß sie „den Wunsch hege, die Donau-Fürstenthümer zu erobern und das Reich des heil. Stephan bis an das Schwarze Meer auszudehnen“, antwortet das offizielle „Pesti Naplo“ mit einer scharfen und ausführlichen Zurückweisung, die hier namentlich deshalb mit Interesse gelesen wird, weil sie einen Grundgedanken für die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie und die speziellen auswärtigen Aufgaben Ungarns und Rumäniens sehr treffend bezeichnet. Die dualistische Monarchie, sagt das Blatt, könne kein Gefährde nach Eroberungen haben, denn jede Eroberung würde das innere Gleichgewicht stören und somit die Existenz des Reiches selbst gefährden. Das sei das charakteristische Moment des vollzogenen Ausgleichs in Bezug auf die auswärtige Politik.

Wien, 1. Nov. Dem Vernehmen nach hat die englische Regierung, und zwar nicht ohne vorgängiges Einverständnis mit den Kabinetten, mit welchen sie sich in der orientalischen Frage im Allgemeinen auf demselben Standpunkt weiß, in Konstantinopel einen formellen Schritt gethan, um nach Konstatirung der Gemeingefahr, welche aus den gegenwärtigen Zuständen in den Donaufürstenthümern erwache, die Pforte zu veranlassen, nach Ansetzung des Art. 22 des Pariser Vertrags, welcher jede „Ingerenz“ einer einzelnen Macht ausschließt, die Initiative zu einem ernstlich mahnenden gemeinsamen Schritte der Garantemächte in Bukarest zu ergreifen.

Wien, 2. Nov. Das heutige „Tagblatt“ enthält folgende Mittheilung:
Der preussische Gesandte soll aus Anlaß der Demission des Kur-

fürsten von Hessen vertrauliche Vorstellungen dagegen erhoben haben, daß der König von Hannover und der Kurfürst von Hessen die Gasfreundschaft Oesterreichs zu preusseneindlichen Agitationen benützen. Baron v. Bessi sandte hierauf eine Vertrauensperson nach Prag, um mit dem Kurfürsten die Bedingungen seines fernern Verbleibens in Oesterreich festzustellen. Die Resultate dieser Mission sind zur vollkommenen Befriedigung des Reichkanzlers ausgefallen.

Die „Wien. Abendpost“ erklärt vorstehende Mittheilung in ihrem ganzen Inhalt für erfunden.

Prag, 2. Nov. (N. Fr. Pr.) Das Urtheil gegen die Verwaltung des städtischen Brauhauses in Pilsen wegen der im Frühjahr entdeckten Steuerdefraudation, im Strafausmaß von fünfundsiebenzigtausend Gulden, wurde von der Ober-Finanzbehörde bestätigt. — Der Gemeinde wurde bewilligt, 120 Mann der Kompanie in Wache, welche jedoch keine Waffen tragen, ausschließlich zu Gemeindezwecken zu verwenden.

Rumänien.

Bukarest, 1. Nov. Die ordentliche Session der Kammer ist auf den 27. Nov. einberufen. Der Fürst ist vollständig hergestellt und ist zu seiner Kräftigung auf das Landgut Bratiano's gegangen.

Schweiz.

Bern, 2. Nov. Der Bundesrath der Eidgenossenschaft hat das sich neu konstituierende Spanien im voraus anerkannt und den diplomatischen Verkehr mit der Madrider Regierung wieder aufgenommen.

Italien.

Florenz, 28. Okt. (Fr. Ztg.) Die Parteien scheinen wieder lebhafter aneinander gerathen zu wollen, und bearbeiten in ihren Blättern die öffentliche Meinung; namentlich wird stark Sozialismus gepredigt. Indes finden sie dabei mehr Anhänger in den Städten als auf dem Land; die Landbevölkerung ist jeder Aenderung abgeneigt, weil sie die Erfahrung gemacht, daß sie immer nur eine Vermehrung der Steuern zur Folge gehabt haben, und daher findet auch das Versprechen einer zu erzielenden wohlfeileren Regierung bei ihr keinen Glauben. — Barbolani ist von Paris zurückgekehrt, und das Gerücht geht, daß die Räumung des Kirchenstaates Gegenstand ersterer Unterhandlungen sei. — Die Staatszeitung enthält einen Tagesbefehl, worin der Armee für ihre Leistungen bei den Ueberschwemmungen der Dant des Kriegsministers ausgesprochen wird. Zu Parma, Piacenza, Mantua, Verona und Legnago haben die Truppen, wie anerkannt wird, unter den größten Gefahren viele Menschenleben gerettet und Tag und Nacht an den Dämmen gearbeitet. — In Faenza wurde auf der Eisenbahn-Station in Gegenwart des Generals Escosier ein junger Mann erdolcht; der Thäter, ein Glaser, wurde festgenommen. — Der Minister des Innern hat die Ausgabe und den Verkauf von Promessen auf die Ziehungen des Lotterielebens der Stadt Mailand und aller ähnlichen Ansehen verboten. — Die „Corr. ital.“ berichtet, daß die Regierung, sobald sie die offizielle Mittheilung von der Justifikation der provisorischen Regierung in Spanien erhalten, dieselbe anerkannt habe.

Frankreich.

Paris, 1. Nov. (Köln. Ztg.) Der Allerheiligentag ist in Paris in der gewöhnlichen Weise und bis jetzt ohne alle Ruhestörung gefeiert worden. Der Allerheiligentag, 2. Nov., ist in Frankreich kein offizieller, sondern nur ein kirchlicher Feiertag, und da an demselben wie an allen Werktagen gearbeitet wird, so bezieht der größte Theil der Pariser bereits am 1. Nov. das Fest der Todten. Da die Pariser dieses nun sehr hoch halten, so waren die Kirchhöfe heute mit einer Anzahl von Menschen angefüllt, welche die Gräber ihrer Angehörigen mit Blumen und Kränzen schmückten. Die großen Kirchhöfe von Paris sind der Père la Chaise, der von Montmartre und der von Montparnasse. Die Menge auf diesen Kirchhöfen war eine sehr gemischte. Leute aus allen Klassen der Pariser Gesellschaft hatten sich eingefunden. Besonders stark war auch die ärmere Klasse vertreten, deren Angehörige, die keine eigenen Gräber haben, in dem sogenannten „fosse commune“ (die allgemeine Grube, wo man Alle, deren Angehörige kein Plätzchen erstehen können, unterbringt) beigesetzt werden. Für diese armen Pariser ist auf jedem der verschiedenen Kirchhöfe ein großes Kreuz angebracht, an welchem dieselben ihren Todten den Tribut darbringen. Wirklich rührend war es, zu sehen, in welchen Massen dieselben herbeiströmten, an dem allgemeinen Kreuze beteten und ihre Blumen und Kränze dort niederlegten. Jedes dieser Kreuze war des Nachmittags schon von einem wahren Blumenberg umgeben. Wenn die Menge auf dem Père la Chaise, dem fashionsabelsten Pariser Kirchhof, und dem Friedhof Montparnasse schon sehr groß war, so hatte sie auf dem Kirchhof Montmartre ganz besondere Verhältnisse angenommen. Außer den Leidtragenden hatten sich dort auch Viele eingefunden, welche das Gerücht, es würde an dem Grabe der Familie Cavaignac's (es liegen dort Godefroy Cavaignac und sein Bruder, der General und ehemalige Chef der Regierung im Jahr 1848) eine Demonstration stattfinden, hingelockt hatte. Die Polizei hatte ebenfalls eine Demonstration erwartet und deshalb zuerst die Absicht gehabt, den Kirchhof an dem ersten und zweiten November gänzlich zu schließen. Von dieser Idee, die jedenfalls viel böses Blut gemacht hätte, zurückgekommen, beschränkte sie sich darauf, größere polizeiliche Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Die Straße, welche von dem äußern Boulevard nach dem Eingang des Kirchhofs führt, war stark mit Polizeibeamten und Municipalgardisten besetzt. In der Nähe des Eingangs selbst bildeten mehrere Hunderte von Polizeibeamten und Municipalgardisten vollständig Spalier, so daß die, welche den Kirchhof besuchten, zwischen zwei Reihen von Repräsentanten der öffentlichen Macht hindurch gehen mußten. Auf dem Kirchhof selbst befanden sich nur Agenten in Zivil, was aber insofern ohne Bedeutung war, als das Grab Cavaignac's ganz in der Nähe des Eingangs liegt. Das Grab der beiden berühmten Republikaner wurde stark besucht und eine Anzahl von Krän-

zen und Blumensträußen an demselben niedergelegt. Zu weiteren Demonstrationen kam es aber nicht. Der jüdische Kirchhof von Montmartre war auch geöffnet, aber menschenleer; nur an der Statue Halleys lag ein frischer Blumenstrauß. Das Grab Heine's, welches ebenfalls auf dem Kirchhof Montmartre (er starb bekanntlich als Protestant) liegt, war ganz verlassen, und man hatte dort weder Blumen noch Kränze niedergelegt.

* Paris, 2. Nov. Der „Abend-Moniteur“ schreibt:
Mehrere Blätter geben sich seit einiger Zeit Diskussionen über den Charakter und die Ausdehnung der verfassungsmäßigen Befugnisse des Staatsoberhauptes hin. Die Regierung erinnert die Presse daran, daß derartige Diskussionen durch den Senatsschluss vom 13. Juli 1866 entschieden untersagt sind.

Das „Journ. de Paris“ widerlegt das Gerücht, daß Hr. v. Moustier von seinem Posten abtreten und Hr. Drouin de Lhuys ihn im auswärtigen Amt ersetzen werde. Dasselbe Blatt meint, daß die Thatsache, daß Hr. Rouher und Marschall Niel am Samstag beim Kaiser in St. Cloud zu Tisch waren, fast als ein politisches Ereigniß anzusehen sein dürfte.

Die „Liberté“ sagt bezüglich des bekannnten Artikels des „Journ. de St. Petersbourg“:

Dogleich die Unterjochung über die Kriegs- und Friedensfrage besetzt, nicht verleend für das verlegte Frankreich zu sein, und im Gegentheil Balsam auf unsere blutenden Wunden träufeln möchte, so ist doch der Einbruch, den sie hinterläßt, der einer tiefen und unaußsprechlichen Trauer. Es ist die Trauer, welche das Ansehen einer großen und schönen Intelligenz hervorruft, die von der Kälte betroffen ist. Eine große gelächte Nation! Das ist noch trauriger als eine große besiegte Nation.

Man schreibt der „Patrie“ aus Madrid unterm 30. Okt., daß eine Division von 4 Kriegsschiffen in Cadix und in Carthagoena ausgerüstet werde, um sich nach Cuba zu begeben. General Dulce, der zum Generalkapitän ernannt werden soll, wird an Bord der Dampfregate „Villa de Madrid“, die mit zu der erwähnten Division gehört, hinüberreisen.

Der „Gaulois“ schreibt:

Die Reise des Prinzen Napoleon nach England soll ganz direkt mit den Kandidaturen zum spanischen Thron in Verbindung stehen. Isabella von Bourbon wird nun bestimmt im Pavillon de Marignan (einem Hotel in der Rue Rivoli) zum Wirthpreis von monatlich 11,000 Fr. Wohnung nehmen. Sie verbleibt daselbst zwei bis drei Monate, die nöthige Zeit, um ein Hotel in den Champs Elysees zu möbliren, welches für 70,000 Fr. jährlich für sie gemiethet ist.

Spanien.

Madrid, 29. Okt. Unter andern hervorragenden Stellen in der Darlegung der Motive, welche dem Dekret des Finanzministers über die Anleihe durch öffentliche Subskription vorhergeht, befindet sich folgende:

Die Lage, in welcher die vorige Regierung die Finanzen unseres Landes gelassen hat, ist eine sehr bedenkliche, und ohne die glückliche Erhebung von Cadix wäre der Staatsbankrott unausweichlich gewesen. Schon von diesem einzigen Gesichtspunkt also hat die Revolution das Land gerettet und verdient in der Geschichte als ein Akt der Nothwendigkeit und der Gerechtigkeit angesehen zu werden. Es ergibt sich aus den mit Gewissenhaftigkeit geprüften finanziellen Anweisen, daß das gegenwärtige Defizit des Schatzes sich auf 2490 Mill. 644,337 Reales beläuft. . . . Weit davon entfernt, für Verminderung dieses Defizits auf die gewöhnlichen Hülfsmittel der Jahre 1868, 1869 rechnen zu können, ist es im Gegentheil unzweifelhaft, daß das diesjährige Budget mit einem Defizit abschließen wird, welches kaum geringer als 600—700 Mill. Reales sein dürfte.

* Madrid, 30. Okt. Man schreibt der „Corresp. Havas“:

Was vorauszusetzen war, ist eingetreten. Die demokratische Partei hat einen Beschluß gefaßt, der Niemand zufriedenstellend. Sie hat darauf verzichtet, den Labelsantrag zu votiren, der ihr vorgelegt worden war; statt dessen wird sie ein Schreiben an die Minister richten, welches kein Lob enthalten wird. Dieses Schreiben wäre bereits gestern unterzeichnet worden, wenn man sich über dessen Redaction hätte einigen können; die auseinanderlaufenden Ansichten sollen in einer für heute Vormittag anberaumten Sitzung zum Ausgleich kommen. Die demokratische Partei hält sich also bis jetzt in der Schwere und wird aller Voraussicht nach diese Haltung bis zum Tag des Zusammentritts der Cortes bewahren. Dann wird sie sich nothgedungen über die Frage: ob Monarchie, ob Republik? aussprechen müssen.

Vor wenig Tagen wurde Hr. v. Drogaga von den Madrider Wählern, die ihn früher in die Abgeordnetenversammlung gewählt hatten, ein Mandat gegeben. Hr. v. Drogaga hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, worin er zur Einigkeit und zur Fusion der Parteien aufrief, um den Allen gleich am Herzen liegenden Zweck zu erreichen: das Glück und den Wohlstand des Vaterlandes zu begründen. Nach dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede ergriff ein Demokrat, Hr. Rodriguez, das Wort und erinnerte daran, daß jede Partei an dem Werke der Regeneration ihren Antheil habe, und leitete hieraus die Nothwendigkeit ihrer „Identifikation“ ab. Dies war der Ausdruck, dessen er sich bediente, und man fand denselben so glücklich, daß der junge Redner allgemein deshalb beglückwünscht ward. Dies beweist, daß trotz verschiedener kleiner Zwistigkeiten der herrschende Geist immer der der Eintracht und der Duldung ist. Die spanische Revolution kann heute nur noch durch den Erfolg eines Mannes aus dem Geleise weichen, und ich habe bis jetzt keinen Grund zu glauben, daß dieser Mann in Spanien existirt. Man hat hier einen Auszug aus dem Manifest erhalten, welches Don Carlos so eben an die Mächte gerichtet hat. Man findet allgemein, daß der Prinz sich sehr beiläufig, das heißt sehr voreilig, über die Verhältnisse des Vaterlandes äußert, und daß er seine Heirath mit Spanien anknüpfte, was er verlor. Bevor er seine Heirath mit Spanien anknüpfte, war es wohl das Mindeste, daß er sich der Einwilligung seiner auserwählten Gattin zuvor versicherte. Es ist unnöthig zu bemerken, daß die Regierung der Veröffentlichung des Manifestes durchaus nicht das geringste Hinderniß entgegengesetzt hat. Sie klammert sich um dieses Manifest so viel wie um das Isabella's. Die Kandidatenfrage ist noch immer diejenige, mit der sich zu beschäftigen man sich den geringsten Ansehen gibt.

Madrid, 31. Okt. Die revolutionäre Junta von Barcelona hat sich endlich am 30. Oktober aufgelöst. Die

Wichtigkeit der provisorischen Regierung ist somit in ganz Spanien unbestritten. Der Finanzminister bedarf des vollen Vertrauens im In- und Ausland, um der Geldnoth entgegenzutreten zu können, die durch die Steuererhöhung noch gesteigert wird, da weite Strecken in diesem Jahre steuerunfähig sein werden. Dazu kommt das voreilige Dekretieren vieler Juntos, die im bloßen Lokalinteresse Maßregeln trafen, durch welche ein heilloser Schmutz zum Schaden des Staatsschatzes beweglich ward. Um die anonymen Gesellschaften zu beschränken, hat der Arbeitsminister Zorilla alle beschränkenden Bestimmungen der früheren Regierung aufgehoben. Den Corporationen, für die schon tüchtig vorgearbeitet wird, werden die Wahlen für die definitive Einsetzung der neuen Gemeinderäte und Provinzialdeputationen vorhergehen. Diese Wahlen erhalten diesmal als Vorspiele für die konstituierende Versammlung eine besondere Bedeutung.

Madrid, 1. Nov. Die „Madr. Ztg.“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Ministers des öffentlichen Unterrichts bezüglich der Ausbreitung des letzteren. Der Marquis Rosales befindet sich in der Pension. Man kündigt für heute mehrere republikanische Versammlungen oder Kundgebungen an. In der demokratischen Partei ist eine Spaltung eingetreten. Heute um 1 Uhr hat die feierliche Eröffnung der Universitätskurse stattgefunden. Die Minister und die Lokalbehörden wohnten derselben bei. Man hat die unter der vorigen Regierung abgesetzten Professoren wieder eingesetzt, und Hrn. Fernando Castro als Rektor installiert. Die Hh. Castro und Zorilla haben Reden gehalten, worin sie die Freiheit des Unterrichts energisch betonten. Dieselben wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Versammlung war sehr zahlreich, und es herrschte die größte Ordnung.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 1. Nov. Das angeblich authentische Telegramm, welches meldete, daß der Papst die russische Synode eingeladen habe, sich auf dem bevorstehenden Konzil in Rom vertreten zu lassen, wird als Erfindung bezeichnet. Ein bewarntiger Schritt des Papstes würde überdies gänzlich erfolglos sein.

St. Petersburg, 1. Nov. Wie die russische „St. Petersb. Ztg.“ behauptet, soll nun auch die eigene Kanzlei des Kaisers für die Angelegenheiten des Königreichs Polen (das höhere Staatssekretariat des Königreichs in St. Petersburg) aufgelöst werden. Nach der neuen Einteilung des Königreichs Polen in Gouvernements wurden letztere den Reichsintentionen untergeordnet, und deshalb wird man sich in Zukunft in allen Geschäften direkt an die betreffenden Ministerien in St. Petersburg zu wenden haben.

Griechenland.

Athen, 26. Okt. Mit dem neuen Jahre werden die neuen griechischen Münzen nach dem französischen Münzfuß ausgeben. Es sind Goldmünzen zu 100, 50, 20, 10 und 5 Drachmen, Silbermünzen zu 5 (Halber), 2, 1, 1/2 und 1/5 Drachmen, und Kupfermünzen zu 10, 5, 2 und 1 Lepta. Alle haben auf der Vorderseite das Bildniß des Königs und auf der Rückseite das königl. griechische Wappen.

Türkei.

Konstantinopel, 24. Okt. Der in die bekannte Komplot-Angelegenheit verwickelte Konduri ist auf Verlangen des Generals Ignatiow dem russischen Konsulat ausgeliefert worden. Ein anderer dabei beteiligter russischer Unterthan, Namens Kaim, wird unter Ueberwachung von Seiten der russischen Behörden von der türkischen Polizei verhört. Die Porte unterhandelt mit Agenten englischer, französischer und östindischer Dampfschiffahrtsgesellschaften wegen des Abtransportes von 1500 kreischen Familien. Wegen des hohen Preises, den man forderte, konnte jedoch bis jetzt kein Uebereinkommen erzielt werden. Eine belgische Gesellschaft will in Konstantinopel eine Spielbank nach dem Muster von Monaco und Homburg errichten und erbietet sich, dafür alle Straßen zu pflastern und Omnibuslinien zu errichten.

Großbritannien.

London, 1. Nov. Nach dem „Observer“ wird das Resultat des heutigen Kabinettsrats erst bei Proklamation der Parliamentsauflösung bekannt werden. In den Clubs wird der 12. November als Datum der Parliamentsauflösung genannt. Ein Telegramm desselben Blattes meldet aus Washington, daß gestern Abend um 10 1/4 Uhr mehrere Erdbeben, wovon drei von Oszillationen und unterirdischem Rollen begleitet, verspürt wurden. Auch in Worcester haben neuerdings Erdstöße stattgefunden, ohne daß ein durch dieselben verursachter Schaden bekannt geworden wäre.

Amerika.

Neu-York, 23. Okt. (Per „City of Washington“ und „Samaria“.) Der Kandidat der demokratischen Partei zur Präsidentschaft, Hr. Horatio Seymour, hat in einer Versammlung zu Neu-York eine Rede gehalten, worin er zu beweisen sucht, daß die Politik der republikanischen Partei, seit Unterdrückung des südlichen Aufstandes, ein vollständiges Fiasco gemacht habe. Diese Rede ist mit Enthusiasmus aufgenommen worden. Das Erdbeben in San Francisco ist von einer entsetzlichen Oszillation begleitet gewesen. Mehrere Straßen wurden zerstört. Nachrichten aus Mexiko zufolge hatte eine Faktion in Durango Santa Anna zum Kaiser ausgerufen.

Baden.

Karlsruhe, 2. Nov. (B. Endes-Ztg.) Die an das Großherzogliche Ministerium gerichtete Bitte des Vorstehers des Karlsruher Nationalvereins des unterbadischen Vorstehers um Vorlage des Genossenschaftsgesetzes berührt in ihrem Eingange die Verschärfung und Ausbreitung der Volksbanken nach Schulze-Delitzsch'schem, hebt hervor, daß die Summe der von den bekannten Vereinen

in einem Jahr gewährten Vorhilfe weitaus den Betrag von 100,000,000 Thlr. schon übersteigt und daß sich das eigene Vermögen derselben auf nahezu 8 Millionen, das Betriebskapital auf über 30 Mill. Thlr. schon beläuft, während die Mitglieder nach Hunderttausenden zählen. Was Baden betreffe, so bestehen, obschon kaum 10 Jahre seit der Gründung des ältesten badischen Vorstehersvereins, des Karlsruher, verfloßen sind, zur Zeit bereits über 40 Vereine und verspreche, besonders unter Hinzutritt des ländlichen Elementes, diese Bewegung in der Folge eine noch weit umfangreichere zu werden. Mit dieser fortschreitenden Entwicklung sei aber auch ein Bedürfnis immer dringender geworden, das Bedürfnis nach festen, hauptsächlich für die Genossenschaften anwendbaren Rechtsnormen, nach einem Genossenschaftsgesetze. Zudem die bisherige Gesetzgebung die Genossenschaften nicht berücksichtigt, naturgemäß nicht berücksichtigen konnte, da selbst zur Zeit der Entstehung unserer neuesten Kodifikation des allgemeinen deutschen Handlungsbuches dieselben kaum in weiteren Kreisen bekannt waren — sei ihre Stellung nach dem gegenwärtigen Rechtszustand in mehrfacher Beziehung eine unsichere, ja es trete dieser Rechtszustand ihrer weiteren Entwicklung häufig hindernd entgegen. Nun kommt die Denkschrift auf die Behandlung der Frage durch die Versammlung der Vertreter der unterbadischen Genossenschaften zu sprechen, über welche wir f. Z. ausführlich berichteten, und zu der Bitte, Großherzogliche Staatsregierung wolle der nächsten Ständeversammlung den Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes, ähnlich dem für den Norddeutschen Bund erlassenen, jedoch mit Einweglassung der in den §§ 27 und 35 enthaltenen polizeilichen Bestimmungen vorgehen. Diese beiden Paragraphen, dem ursprünglichen Gesetzentwurf von Schulze fremd, gegen seinen Willen in das Gesetz aufgenommen, entspringen einem unbegründeten durch die bisherige Wirksamkeit der Genossenschaften gewiß widerlegten Mißtrauen gegen dieselben. Sie gehören, abgesehen davon, daß sie überhaupt wohl kaum mit unserer Vereinsgesetzgebung in Einklang zu bringen wären, ebensowenig in ein Gesetz, welches die Rechtsverhältnisse der Genossenschaften regelt, als ähnliche Bestimmungen in dem Abschnitt des Handels-Gesetzbuchs über die Aktiengesellschaften Platz gefunden haben.

Heidelberg, 2. Nov. Um dem bisherigen Direktor des hiesigen Kreisgerichts, jetzigen Präsidenten des Großherzoglichen Ministeriums, Hrn. Obkircher, einen Beweis der Verehrung und Anerkennung der hohen Verdienste zu geben, welche er sich während seiner vierjährigen Wirksamkeit in der Stellung, aus der er nunmehr scheidet, erworben, fand gestern als Mitglied des Festmahls im Saal des hiesigen Museums statt, zu der sich die Vertreter der städtischen Behörden, die evangelischen Ortsgemeinden, viele Professoren der Universität und eine große Anzahl anderer Beamten und Bürger der Stadt und Umgegend versammelt hatten. Das Mahl, an dem gegen zweihundert Personen Theil nahmen, begann um 1 Uhr. Hr. Professor Zeller, als zeitiger Prorektor der hiesigen Universität, eröffnete dasselbe mit einigen einleitenden Worten und brachte als ersten Toast ein Hoch auf Se. Königl. Hoheit den Großherzog aus. Nach ihm begrüßte Hr. Stadtdirektor Stisser glückwünschend den Ehren-gast und dankte ihm im Namen der Stadt und des Kreises für die aufopfernde Thätigkeit desselben zum Wohl der Gerichtsangehörigen. Dasselbe that sodann Hr. Oberbürgermeister Krausmann im Namen der Bürgerschaft. Hr. Präsident Obkircher drückte in sehr warmen Worten seinen Dank aus und fügte die Versicherung hinzu, daß er während seines vierjährigen Aufenhalts hier, obgleich von Geschäften sehr in Anspruch genommen und auf einen engen Familienkreis beschränkt, sehr angenehme Stunden verlebte habe. Es folgte dann noch eine ganze Reihe weiterer Toasten: von den Hh. Geh. Rath Hermann, Hofrath Friedrich, Rechtsanwält Fürtz und Anderen. Erst gegen 7 Uhr Abends trennte sich die Versammlung in der heitersten Laune.

Dem ausführlichen Bericht des „Heidelb. Journ.“ entnehmen wir folgendes Nähere über den Toast des Hrn. Präsidenten Obkircher: „Derselbe legt dar, wie Niemand mehr als er selbst durch die auf ihn gefallene Wahl hätte überrascht gewesen sein, wie er seine Bedenken höchsten Orts vorgelegt und sie erst nach weiteren Auseinandersetzungen und ehrenvollen Erklärungen habe fallen lassen, ohne deshalb jedes Bedenken und alle Scheu überwunden zu haben, ob er den wichtigen Posten zu Nutzen des Landes werde ausfüllen können. Nun aber ist's entschieden und ich gehe mit Mut an's Werk. Ich verspreche Nichts. Die Zukunft mag richten. Nebereinstimmung aber fühle ich in mir mit den klaren befehlenden Zielen unserer Regierung in der deutschen Frage wie in den inneren Dingen. Ich gehöre dieser Richtung an, so lange ich selbständig denken kann. Stets huldigte ich derselben. Ihre überraschend rege zahlreiche Theilnahme beweist, daß Sie mich mit Vertrauen begleiten in die neue Stellung. Geben Sie mir auch selbst das Zeugniß, nach bestem Erkennen gehandelt zu haben, so findet man doch, in der Befangenheit gegen eigenes Urtheil, eine beruhigende Befähigung im ehrenvollen Zeugniß Anderer. Ich scheidet von dem schönen Heidelberg, wo ich 4 schöne, vielleicht die 4 schönsten Jahre meines Lebens verbracht habe. Ich fand da meine Wirksamkeit, geistiges Leben, freundliches Entgegenkommen bei Bürgern und Amtsgenossen. Beim Scheiden meinen letzten Gruß der Stadt Heidelberg und ihren Bewohnern!“

Mannheim, 1. Nov. (B. Böz.) Ein hiesiger Wirth, B. L. zum Goldenen F., ist, wie die Sage geht, mit Hinterlassung von 60,000 fl. Schulden nach Amerika entwichen, nachdem er sein Geschäft noch vorher verpachtet hatte. Der Volkswitz sagt, derselbe sei nur nach Neu-York gegangen, wo sich sein früherer Schneider B. aufhalte (der im vorigen Jahr ebenfalls durchbrannte), um sich ein Paar Hosen machen zu lassen, da er seit einem Jahr keine passenden mehr bekommen habe.

Die Sammlungen für die Wasserbeschädigten in der Schweiz sind nun beendet und haben in der Stadt 5702 fl. ergeben, das Theaterkonzert ertrug 889 fl. Der Gesamtbetrag mit 6591 fl. wurde heute in eine Anweisung auf die eidgenössische Bank in Bern eingetauscht und der schweizerischen Bundesregierung zur Verwendung für die Schwerverletzten eingewandt.

Mannheim, 1. Nov. (Wmh. J.) Heute wurde das neue Lokal der hiesigen Loge feierlich eingeweiht.

Werbach, 30. Okt. (Lauter.) Gestern hatten wir Kontrolversammlung dahier. Das Geschäft ging unter Leitung des Hrn. Majors Dufner von Roßbach nicht nur in schönster Ordnung vor sich, sondern war deutlich zu erkennen, daß die jungen Leute, namentlich im Hinblick auf mancherlei auch in unserer Gegend vorgekommene Schwärzereien, mit einer gewissen Sehnsucht von demselben geschieden sind. Mehreres hören wir von Rauba, Grünfeld und Lauterbach's.

heim, wo im Lauf dieser Woche die gleichen Versammlungen stattgefunden haben. Ueberall gab sich bei der Theilnahme die heiterste Stimmung kund.

Karlsruhe, 27. Okt. (Großh. Verwaltungs-Gerichtshof.) (Schluß.) In dem zweiten Fall hatte die Gemeinde Zigenhausen dem Andr. Deis von Linz die Bürgeraufnahme unter der Bedingung bewilligt, daß er eine Bürgerstochter von Zigenhausen eheliche und deren zwei natürliche Kinder als die seinigen anerkenne. Das Letztere geschah in der Heiratsurkunde; allein die Ehe unterblieb in Folge des plötzlich eingetretenen Todes der Braut. Der Gemeinderath erklärte hierauf die Bürgeraufnahme für wirkungslos, da die gefetzte Bedingung nicht erfüllt worden sei, und der Bezirksrath verwarf eine dagegen erhobene Beschwerde. Der Großh. Verwaltungs-Gerichtshof reformirte jedoch dahin, daß die Gemeinde Zigenhausen schuldig sei, das Ortsbürgerrecht des Andreas Deis anzuerkennen, weil nach § 19 B.R.G. die Bürgeraufnahme weder auf eine bestimmte Zeit, noch unter einer, die gesetzlichen Rechte des Gemeindebürgers beschränkenden Bedingung erteilt werden dürfe, mithin die von dem Gemeinderath gefetzte Bedingung als ungesetzlich und daher als nicht geschrieben zu betrachten sei.

Im dritten Fall verlangte Josef Brmann von Lautenbach von der dortigen Gemeinde, geküßt auf eine in derselben hergebrachte Uebung, Entschädigung für mehrere ihm gefallene Kinder. Die Gemeindebehörde verweigerte diese, weil sie überhaupt eine Rechtsverbindlichkeit der Gemeinde in Abrede stellte, und weil im speziellen Fall auch die thatsächlichen Voraussetzungen der behaupteten Uebung fehlten. Der Bezirksrath verwarf die Klage, da das Herkommen ohne eine hier nicht vorhandene besondere gesetzliche Sanction kein Titel des öffentlichen Rechts sei.

Dieses Erkenntniß wurde von dem Großh. Verwaltungs-Gerichtshof bestätigt. Der vierte Fall betrifft den Bürgerrechts-Antritt und gewährt kein besonderes Interesse.

Als Vertreter der Parteien waren heute anwesend die Hh. Anwälte Etlinger, Straus, Kufel und Meserend v. Berg von Offenburg. Als Vertreter des Staatsinteresses fungirten die Hh. Ministerialräthe Turban und Winnefeld.

Hamburg, 28. Okt. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Hollatia“, Kapitän Ehlers, welches am 14. Okt. von hier und am 16. Okt. von Southampton abgegangen, ist nach einer schnellen Reise von 10 Tagen 5 Stunden am 27. Okt., 2 Uhr Morgens, wohin behalten in Neu-York angekommen.

Frankfurt, 3. Nov. — Ubr — Min. Nachm. Deserr. Kreditaktien 217, Staatsbahn-Aktien 268, National 54, Steuerfreie 52 1/2, 1860r Loose 76 1/2, Deserr. Valuta 102 1/2, 4proz. bad. Loose —, Amerikaner 79 1/2 — 13/16, Gold 133 1/4.

Wien, 2. Nov. Gewinnziehung der 1860er Loose. Haupttreffer 300,000 fl. erhielt Serie 13,994 Nr. 18; zweiter Treffer auf Serie 18,832 Nr. 3; dritter Treffer auf Serie 8470 Nr. 1; 10,000 fl. gewinnen: Serie 16,754 Nr. 10; Serie 6935 Nr. 14; 5000 fl. gewinnen: Serie 667 Nr. 10, Serie 667 Nr. 15, Serie 2020 Nr. 14, Serie 5237 Nr. 6, Serie 7907 Nr. 14, Serie 8268 Nr. 10, Serie 9592 Nr. 3, Serie 9731 Nr. 1, Serie 11,390 Nr. 8, Serie 11,480 Nr. 2, Serie 13,378 Nr. 3, Serie 15,295 Nr. 5, Serie 18,713 Nr. 5, Serie 19,328 Nr. 20.

Neu-York, 2. Nov. Gold (Schlußkurs.) 133 1/4, Wechsel per London (in Gold) 109 1/4, 6proz. 1882r U.-St.-Bonds 109 1/4, 6proz. 1885r U.-St.-Bonds 107 1/4, 5proz. 1904r U.-St.-Bonds 105 1/4, Baumwolle 25 1/2, Petroleum 29 1/4.

Savanna, 2. Nov. Zuder 8 1/2, Wechsel per London 15 1/2.

Für die Wasserbeschädigten in der Schweiz sind fernere eingegangen:

- 1) Durch Hrn. Oberbürgermeister Walsch: 20 fl. von Hrn. Staatsminister Jolly, 1 fl. von R. R. und Kindern, 1 fl. 30 fr. von Hrn. Hanhart, 1 fl. 45 fr. von Hrn. Gemeinderath Gartner, 2 fl. von L. D. v. D., 3 fl. von verschiedenen Gekern durch Hrn. Hofprediger Doll.
- 2) Durch Hrn. Gemeinderath Schweig: 3 fl. 30 fr. von Hrn. Geh. Rath L., 3 fl. 30 fr. von Hrn. Gartendirektor Mayer, 1 fl. 45 fr. von Hrn. Hofgärtner Mayer, 1 fl. 45 fr. von Ungenannt, 3 fl. 30 fr. von Frau E. L.
- 3) Durch Hrn. Bankier Kille: 25 fl. von Hrn. Grob. Hoheit Prinzessin Elisabeth, 5 fl. 45 fr. von Hrn. Kirchenrath Roth, 10 fl. von Hrn. R. Kapp, 5 fl. von Frau Geh. Rath Buchegger, 1 fl. 45 fr. von A. W., 1 fl. 30 fr. von Hrn. Hofrath Wffel, 1 fl. 45 fr. von A. C.
- 4) Durch Hrn. Heinrich Schnabel: 3 fl. 30 fr. von J. R., 2 fl. von Ungenannt.
- 5) Durch Hrn. Hofbankier Müller: 40 fl. von Hrn. v. Heiligstein, 2 fl. von Hrn. Bauer, 2 fl. 20 fr. von A. L., ferner 30 fr. von Fuhrmann Jost;

zusammen 115 fl. 50 fr. dazu vom früher 1330 fl. 4 fr. im Ganzen 1445 fl. 54 fr.

Weitere milde Gaben werden von den Komiteemitgliedern, sowie vom Comptoir dieses Blattes dankbar entgegengenommen. Die Zentralkasse des Karlsruher Komitees.

Für die Wasserbeschädigten in der Schweiz ist weiter bei uns eingegangen von L. G. in Baghänfel 2 fl., von Ungenannt 1 fl. 30 fr.; im Ganzen 136 fl. 35 fr. Karlsruhe, den 3. Nov. 1868.

Erpedition der Karlsruher Zeitung.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

2. Nov.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 2.03''	+ 4.5	S.W.	schw. bew.	heiter, frisch
Mittags 2 "	" 1.20''	+ 10.5	"	"	" milb
Nachts 9 "	" 0.95''	+ 6.0	"	"	" frisch

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Koenlein.

Theater in Baden.

Mittwoch 4. Nov. Böse Zungen, Schauspiel in 5 Akten, von Heinrich Laube.

